

Cottbuser

Herzblatt

Chošebuska wuśobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

18. Jahrgang / Nr. 06 (226)

Juni 2011

Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 5: Wir kommen so in der Opposition nicht weiter

Seite 6: Wörter mit „Bahnhof“ in aller Munde

Seite 7: Über den Tellerrand geschaut

Eine Nachlese zum 1. Mai dieses Jahres

Enrico Maaz: Die Spendenbereitschaft ist ungebrochen



Der 1. Mai 2011, ein kühler, aber sonniger Tag. Genau das richtige Wetter, um nicht zu Hause zu hocken, sondern den Kampf- und Feiertag würdig zu begehen.

Die Gewerkschaften hatten wie bereits im vorigen Jahr zur 1. Mai-Feier auf den Platz „Am Stadtbrunnen“ eingeladen.

Dort bauten die verschiedenen Gewerkschaften ihre Info-Stände auf. Natürlich waren auch die LINKEN mit einem Infostand vor Ort, ebenso die SPD und attac. Hier trafen sich Gleichgesinnte, viele kannten sich, man unterhielt sich, tauschte Informationen aus, hörte den Reden zu oder bummelte die Infostände entlang.

Sabine Lichtwald hatte die Idee, diesen Tag zu nutzen, um unsere Solidarität mit den Erdbebenopfern in Japan zu bekunden. Dazu bereitete sie mit drei Helferinnen (Veronika Piduch, Kerstin Müller und Carmen Thiel) ihre berühmte Bowle zu, ebenso Schmalzstullen und verkaufte diese gegen eine Spende. Es war schwer zu entscheiden, ob die rote Bowle oder die Waldmeisterbowle besser schmeckte, viele probierten beide Sorten. Es kam ja einem gutem Zweck zu Gute.

Veronika Piduch bastelte mit Kindern, Jugendlichen, aber auch Erwachsenen Kraniche, die den Infostand der LINKEN umschwirrten.

Am Ende konnten wir eine Spende von 140,00 Euro auf das Spendenkonto des Ludwig-Leichardt-Gymnasiums überweisen.

Enrico Maaz bedankte sich für diese Spende mit folgenden Worten: „Vielen herzlichen Dank für Ihre Spende. Es ist immer wieder schön, zu sehen, dass die Spendenbereitschaft ungebrochen ist. Bitte richten Sie allen Beteiligten ein großes Dankeschön aus.“

Wir versichern Ihnen, dass jeder gespendete Euro an das Kinderheim in Fuji no Sono von Schwester Maria Caelina zur Verfügung gestellt wird. Wir unterstützen damit den Neubau des Kinderheimes für die Waisenkinder.“

Es war ein schöner Tag, der 1. Mai!

Text: Carmen Thiel

Fotos: Dieter Brendahl



Sabine Lichtwald bietet Bowle und Schmalzstullen am Stand der LINKEN an, und Gerda Raabe lässt es sich schmecken.



Mit Eifer basteln Kinder am Stand unter den interessierten Blicken des Ortsvorsitzenden Jürgen Maresch.

Mai-Feier mit Freunden in Jicin und Mlada Boleslav

Mit dem Kreisverband Jicin der KSCM verbindet uns eine jahrelange Freundschaft und ein Rahmenvertrag zur Zusammenarbeit.

So folgten wir fünf Genossen der AG Politourismus, Uwe Titscher, Monika und Peter Schömmel sowie Sonja und Frithjof Newiak, der Einladung zur Teilnahme am 1. Mai in Jicin und Mlada Boleslav.

Als gute Freunde wurden wir herzlich begrüßt und am Informationsstand gut besucht. Aufkleber, die tschechischsprachige Infobroschüre zur LINKEN, Kulis und Luftballons sind immer wieder begehrt. Unseren eigenen Redebeitrag stellten wir unter das Thema Europäischer Mindestlohn und die Aufgabe der Europäischen

Linken, die für ein europaweites Volksbegehren notwendige Sammlung von einer Millionen Unterschriften als gemeinsame Herausforderung anzunehmen.



Die Jiciner Genossen sammelten auf ihrem Festplatz Unterschriften an die Abgeordneten des Parlamentes gegen das von der rechtskonservativen ODS ins Gespräch gebrachte Verbot der KSCM und den zunehmenden Antikommunismus. Immerhin ist die KSCM eine star-

ke politische Kraft und eine Partei für den Lebensalltag der Menschen, die von ähnlichen Sorgen gebeutelt werden wie wir: Enormer Anstieg der Gesundheitskosten in den letzten acht Jahren durch immer mehr Eigenbeiträge für Standardleistungen, Verschuldung durch den Privatisierungszwang ehemals kommunaler Wohnungen.

Die Analyse dieser Entwicklungen war sehr anschaulich dargestellt. Und mit treffender Satire wurde die von jüngsten Korruptionsskandalen betroffene „Bürger“partei ODS entlarvt. Parallelen???

Sonja Newiak,
AG Politourismus

Eine „Kleine Friedensfahrt“



Impressionen von der Kleinen Friedensfahrt im tschechisch-deutschen Grenzgebiet rund um Teplice.

Fotos: Peter Schömmel

Im April-„Herzblatt“ riefen wir zur Teilnahme an der „Kleinen Friedensfahrt“ im tschechisch-deutschen Grenzgebiet rund um Teplice auf.

Veranstalter und Einlader war der Europaabgeordnete der KSCM, Jaromir Kolíček, der zum Beispiel gemeinsam mit Heiko Kosel von der sächsischen LINKEN in Bautzen ein gemeinsames Abgeordnetbüro unterhält.

Wir waren acht deutsche Teilnehmer, davon fünf aus Cottbus, zu unserer Freude auch ein Sympathisant und ein junger Genosse (jünger als wir 50- bis 60-Jährigen), zwei Neuruppiner und eine Berliner. Mit unserem LINKE-Bus des Ortsvorstandes (danke dafür) organisier-

ten wir den Fahrradtransport. Am Start erwarteten uns etwa 40 tschechische Teilnehmer und gemeinsam bildeten wir eine lange rote, nicht zu übersehende Kolonne.

Die Strecke von ungefähr 40 Kilometern führte uns zu zwölf Gedenkstätten, die den Opfern des faschistischen Krieges und der Naziherrschaft gewidmet waren: Den gefallenen Rotarmisten, darunter ein einzelner französischer Soldat, ermordeten Bürgern der Orte, durch die wir kamen, 313 KZ-Häftlingen, die in den letzten Kriegstagen aus Ammendorf bei Halle auf Todesmarsch geschickt wurden und bei Teplice umkamen.

Besonderheit gegenüber Cottbus: Vor den Gedenkstätten erwarteten uns die

Bürgermeister der Orte zum gemeinsamen Gedenken.

Unter uns Gleichgesinnten war die Stimmung natürlich gut, zumal der strahlende Tag die Schönheit der durchfahrenen Landschaft zur Geltung brachte.

Damit die Friedensfahrer unterwegs nicht vor Entkräftung aufgaben, denn es ging bergauf und bergab, versorgten uns die tschechischen Genossen an den Haltepunkten mit allerlei Leckerem.

Abschließend beendeten wir den gemeinsamen Tag mit Gulaschessen im Schatten einer 1939 von der Hitlerjugend niedergebrannten Kirche.

Sonja Newiak,
Friedensfahrerin

Tag der Befreiung

Gemeinsam ehrten wir am Nordfriedhof in Cottbus die gefallenen sowjetischen Soldaten und brachten damit unseren tiefen Dank zum Ausdruck, dass wir befreit wurden.

Das ist wichtig festzustellen.

Befreit von einer unmenschlichen Diktatur, die einen Weltkrieg auslöste, der das schlimmste und furchtbarste darstellte. 55 Millionen Menschen kamen ums Leben. Sechs Millionen jüdische Menschen wurden in Konzentrationslagern fabrikmäßig vernichtet.

Der Tag ist also mehr, viel mehr als heute in den Medien dargestellt wird. Der 8. Mai 1945 bedeutet für uns eben nicht nur, dass dies der Tag für die Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands war. Es ist ein Tag der Befreiung. Befreiung vom Hitlerfaschismus, Befreiung von Not und Elend - Chance zum Neuaufbau.

Der Widerstand gegen die Faschisten umfasste weitaus mehr als heute dargestellt. Er umfasste mehr als die bürgerliche und militärische Opposition gegen Hitler. Einfache Menschen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und andere wirkten bereits seit 1933 aktiv gegen den Faschismus. Sie werden heute von der bürgerlichen Gesellschaft vergessen oder ausgeblendet.

Mein Opa wurde bis Kriegsende durch die Faschisten im KZ Buchenwald eingekerkert. Er hat mir einige Dinge erzählt, die er dort erlebt hat. Nur einige, bestimmt nicht alle. Ich war ja auch noch viel zu klein.

Aber eines hat er mir damals schon gesagt: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.

Dafür müssen wir kämpfen. Und sehen wir uns heute um: Die Bundeswehr kämpft in Afghanistan, wo angeblich unsere Sicherheit verteidigt wird. Die Bundeswehr engagiert sich auch in Libyen. Die Bundeswehr führt Krieg.

Wir fordern: Raus aus Afghanistan, raus aus Libyen. Die Bundeswehr ist keine Angriffsarmee.

Sehen wir weiter. Rechtsextremistische Parteien existieren immer noch hier mitten unter uns. Frech und anmaßend treten sie auf und verbreiten ihren braunen Müll und ihre Lügen.

Diese Parteien und Vereinigungen gehören verboten, unverzüglich und sofort, ohne juristische Spielereien.

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Als solcher muss er gelten.

Erinnern wir uns des Schwurs von Buchenwald. Er ist heute noch genauso aktuell:

*Jürgen Maresch, MdL,
Ortsvorsitzender DIE LINKE.Cottbus*

Der Schwur von Buchenwald

Wir Buchenwalder kämpften gemeinsam gegen die SS,
gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.
Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht - der Sieg muss unser sein.
Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen,
opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende.
Noch wehen Hitlerfahnen!
Noch leben die Mörder unserer Kameraden!
Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!
Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Apellplatz,
an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein,
wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.
Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.
Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf
erhebt die rechte Hand zum Schwur und sprecht mir nach:
Wir schwören!
21 000 Männer streckten die Hand zum Himmel und sprechen:
Wir schwören.

Buchenwald, 19. April 1945

Der 8. Mai darf nicht verharmlost werden

Die Erinnerung muss weitergegeben werden

Zum Gedenken anlässlich des Kriegsendes vor 66 Jahren trafen sich Bürger am Nord- und Südfriedhof Cottbus.

Der 8. Mai ist und bleibt der Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus, erklärte der Ortsvorsitzende Cottbus vor dem Mahnmal am Nordfriedhof. Die Rote Armee habe nicht nur die in den Konzentrationslagern Geschundenen befreit, sondern auch das deutsche Volk, selbst wenn dies mit schweren Schicksalen verbunden war. Der 8. Mai darf nicht verharmlost werden, meinte Jürgen Maresch, indem nur von Niederlage, Kapitulation oder Vertreibung gesprochen werde. Es werde an diesem Tag der Millionen Menschen gedacht, die Opfer des Krieges wurden. Zugleich sollte aber mit dem Gedenken auch der Hinweis auf die Tatsache verbunden sein, dass sie ihr Leben nicht umsonst verloren haben.

Die Älteren sollten die Erinnerung wach halten und sie an die Jüngeren weitergeben, die Erfahrung und Mahnung, wozu Menschen in der Lage sind. „Wir müssen den Jüngeren helfen, zu verstehen“, erklärte der Ortsvorsitzende. Und er fuhr fort: „In Cottbus ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir lehnen jede Form von Gewalt, Hass und Intoleranz im Zusammenleben von Menschen ab.“

In Anbetracht der aktuellen Situation sollten wir uns auch vor Augen halten, dass Kriege keine Konflikte lösen. Im Gegenteil: Sie spitzen Konflikte eher zu, über die wir als Deutsche bis heute noch nachzudenken haben. Er warnte vor den neuen Methoden der Rechtsextremisten, die sich äußerlich nicht zu erkennen geben und versuchen, „die Hirne der jungen Menschen zu gewinnen.“

Zusammen mit über 30 Bürgern legte er ein Gebinde nieder.

Annely Richter, DIE LINKE.KV Lausitz

DIE LINKE.
Kreisverband Lausitz

Wolfgang Nescovic:

Staat darf Gesetzgebung nicht weiter privatisieren



In einem neuen Bericht rügt der Bundesrechnungshof die Bundesregierung für eine Unsitte: Sie beauftragt Anwaltskanzleien zunehmend mit der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen. Die Regierung tut dies, obwohl sie Tausende von Beamten bezahlt, die qualifiziert genug sein sollten, Gesetzesentwürfe mit ausreichender Expertise zu verfassen.

Der Staat darf die Gesetzgebung nicht weiter privatisieren. Gesetzgebungsoutsourcing gehört verboten. Die Regierung verletzt mit dieser Praxis ihre grundgesetzlich festgelegten Kernaufgaben.

Rechtsanwälte sind als Vertreter von Partikularinteressen nicht geeignet, gemeinwohlorientierte Gesetzentwürfe vorzubereiten. Externe sind für die Gesetzgebungstätigkeit weder demokratisch legitimiert, noch werden sie demokratisch kontrolliert. Hinzu kommt, dass die beauftragten Rechtsanwaltskanzleien ihre besondere Expertise in der Regel durch vorherige oder laufende Mandate

aus dem Kreis derjenigen Personen gewinnen, die von den gesetzlichen Neuregelungen insbesondere betroffen sind.

So beschäftigen sich Kanzleien mit der Novelle von Energiegesetzen, nachdem sie zuvor für Energiekonzerne gearbeitet haben. In solchen Fällen sind Konflikte zwischen den Interessen des Gemeinwohls und denen des privaten Mandanten unvermeidbar.

2009 wurden 16 Gesetzesentwürfe von externen Kanzleien erarbeitet. In den Jahren 1990 bis 1999 hingegen war es ein einziger Gesetzestext. Dies zeigt: Der Staat war in der Vergangenheit fähig, seine Kernaufgaben selbst wahrzunehmen.

Warum ist dies heute nicht mehr der Fall? Sind die Beamten, die eingestellt werden, weniger qualifiziert? Vermutlich nicht. Eher ist anzunehmen, dass der Staat den Sirenenrufen der Lobbyverbände immer mehr nachgibt. Diese Stimmen behaupten seit Jahren, der Staat müsse aufgrund mangelnder Finanzen und angeblicher Qualifikationsdefizite Kernaufgaben auslagern. Das geschieht natürlich ausschließlich mit dem Ziel, mehr Einfluss auf Gesetzgebung und politische Entscheidungen zu gewinnen.

In Antworten auf von mir gestellte schriftliche Fragen musste die Bundesregierung einen besonders drastischen Fall einräumen. Das Umweltministerium hat insgesamt 190 000 Euro an externe „Experten“ bezahlt, die eine Vorlage für

das neue CCS-Gesetz erarbeiten sollten. Die Vorlage ist schlussendlich jedoch im Papierkorb gelandet.

Viel Steuergeld für nichts.

Noch schlimmer sind Fälle, in denen Ministerien sich der von Interessensgruppen ausgearbeiteten Gesetzesentwürfen bedienen.

Laut Presseberichten hat dies beispielsweise das Wirtschaftsministerium 2009 mit einem anderen CCS-Gesetzesentwurf getan, den RWE und Vattenfall angeregt hatten. Unternehmen maßschneidern sich so die Rahmenbedingungen, unter denen sie dann ihre Profite erwirtschaften. Das ist inakzeptabel. Der Gesetzgeber ist dem Gemeinwohl verpflichtet, nicht dem Wirtschaftsinteresse ausgewählter Unternehmen.

Zugegeben: Der Gesetzgeber hat es mit immer spezialisierteren Fachthemen zu tun. Die Antwort darauf kann es jedoch nicht sein, zunehmend auf den Rat von gut organisierten, hervorragend durch finanzierten Lobbygruppen zu hören. Der Staat muss schlagkräftig bleiben. Es ist seine Aufgabe, seine Beamten so zu qualifizieren und auszustatten, dass ihnen eine Arbeit auf Augenhöhe mit den Experten der freien Wirtschaft möglich ist. Wenn dies nicht sichergestellt ist, entmachtet sich der Staat selbst.

Und das schwächt das Gemeinwohl nachhaltig.

Foto: Reinhard Franke

Ein aktueller Buchtipp

Nach zwanzig Jahren deutscher Einheit spricht die Bundesregierung von einem „Wirtschaftswunder“ im Osten. Ein Witz zum Totlachen!

Im produzierenden Gewerbe wurden „schon“ 64 Prozent des Niveaus von 1989 erreicht. Seit Mitte der 90er Jahre stagnieren die Löhne und liegen noch immer bei 75 Prozent des Westniveaus.

Kein Wunder in Sicht, nirgends. Das einzige, was merklich in der Statistik stieg: Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen. Der Zuwachs liegt bei 690 Prozent.

Und wohin das Geld floss und weiter fließt, ist auch klar. Laut einer Studie der Goethe-Uni in Frankfurt am Main wuchs in den frühen 90er Jahren das private Geldvermögen im Westen explosionsartig an: um rund eine Billion DM, das Immobilienvermögen gar um 2,5 Billionen.

Bestseller-Autor Klaus Blessing („Die Schulden des Westens“) und Wolfgang Kühn enthüllen die verschleierte Fakten und widerlegen die Regierungsdarstellungen. Sie beweisen, was diese in Wirklichkeit sind: Demagogie, Lügen und Propaganda, die den Geist vernebelt.

Quelle: www.Buchredaktion.de



Wir LINKEN kommen so wie jetzt in der Opposition nicht weiter!

Gespräch mit Winfried Schwerendt, Vorsitzender der Cottbuser Basisorganisation 18

Das „Herzblatt“ berichtet wieder aus einer Cottbuser Basisorganisation (BO). Diesmal waren wir im Gespräch mit Winfried Schwerendt, Vorsitzender der BO 18.



Wo befindet sich Eure BO und wie sieht sie aus?

Wir sind eine von insgesamt sieben BO im Stadtteil Sandow. Wir haben noch 22 Mitglieder. Das Durchschnittsalter ist 70 Jahre.

Ich bin Vorsitzender seit neun Jahren. Der Vorgänger konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr. Ich habe das Amt sehr gern übernommen. Und es macht mir immer noch Spaß, da wir ein gutes Führungsgremium sind. Wir Vier harmonieren gut miteinander, kommen gut miteinander aus. Es ist halt eine Teamarbeit.

Wie arbeitet Ihr als BO?

Wir haben monatliche Mitgliederversammlungen, außer in der Sommerpause. Wenn aber eine Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes ist, streichen wir unsere.

An unseren Versammlungen nehmen durchschnittlich 13 Genossen teil, das ist wenig, liegt aber hauptsächlich an gesundheitlichen Gründen.

Und wie arbeitet Ihr ansonsten noch?

Wir in unserer BO sind auch sehr gesellschaftlich tätig. Es geht uns um die Bürgerkontakte!

Unsere Mitglieder arbeiten in der Volkssolidarität, in der GRH (Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären

Unterstützung), in Gartenvereinen, in Sportvereinen (ich selbst bin Mitglied im Präsidium des Stadtsportbundes), im Deutschen Bundeswehrverband, im Blindenverband, im „RotFuchs“, im Hundezüchterverein. Wir leisten auch Mitarbeit in der Geschäftsstelle und in den Arbeitsgemeinschaften der Partei.

Wir tun das nicht nur aus privaten Interessen. Wir wollen wissen, was diskutiert wird und wollen vor allem unsere Ideen einbringen.

Und wir helfen, die Info-Stände der LINKEN abzusichern. Im Vorjahr waren es fünf. Wichtig ist uns auch der Kontakt mit den Sympathisanten unserer Partei, indem wir ihnen das „Herzblatt“ und anderes Informationsmaterial zustellen.

Was geschieht bei Euren Versammlungen?

Wir sind nicht nur ein Diskutierklub. Wir legen auch Maßnahmen fest. Im Vorjahr gab es beispielsweise einen offenen Brief an Angela Merkel zu 20 Jahren deutsche Einheit. Es kam aber keine Antwort, was wir eigentlich auch ahnten.

Vor zwei Jahren sandten wir ein Schreiben an den Petitionsausschuss des Bundestages zu 67 Jahren Rente. Weshalb wir das tun? Wir müssen uns schließlich artikulieren!

Wir senden auch Leserbriefe an die Presse. Die Bürger müssen schließlich wissen, dass in unserer Partei Bewegung ist. Unsere Versammlungen wollen wir so vielgestaltig wie möglich machen. Deshalb laden wir auch ein bis zwei Mal im Jahr Gäste ein, nicht nur vom Kreisvorstand. Die dort stattfindenden Diskussionen sind viel wert.

Was ist Deiner Meinung nach nachahmenswert für andere BO?

Nehmen wir nur unsere jeweils letzte Versammlung zum Jahresende im Dezember. Es ist ein heiterer, besinnlicher Jahresausklang. Ein kurzes Resümee mache ich. Es gibt Kaffee, Kuchen, Sekt. Jeder der Teilnehmer bringt heiteren Humor hervor, spricht auch aus Lebenserfahrungen. Auch Quizrunden gibt es. Und aus den übriggebliebenen Rücklaufgeldern werden die besten Leistungen gewürdigt.

Auch so etwas hält und schweiß zusammen! Selbstverständlich werden auch Krankenbesuche durchgeführt. Und zu runden Geburtstagen gehen zwei Vorstandsmitglieder zur Gratulation.

Welches sind jetzt unter anderem Eure Vorhaben?

Ich bin zurzeit noch in der Diskussion oder besser in der Vorbereitung. Es geht um das Dorf Atterwasch bei Guben, das sich energetisch selbst versorgt. Von uns wird eine Versammlung mit Diskussion zur Energieproblematik angestrebt. Wir wollen auch einen Tagesausflug dorthin und in die Braunkohleegend machen.

Wann das alles passiert, hängt vor allem davon ab, ob und wann die Fördergelder für die Grüne Liga, dem Veranstalter für die Exkursion dorthin, fließen.

Ganz wichtig: Was wünschst Du Dir und Ihr Euch in Eurer BO von den LINKEN?

Erstens: Dass eine solide, strukturierte Parteipolitik gemacht wird. Es muss sich nicht Jeder selbst hervorheben. Wir wünschen uns mehr Geschlossenheit.

Differenzen sollen Auge in Auge geklärt werden und nicht öffentlich.

Das ärgert uns, und wir fragen: Wo soll das hinführen?

Zweitens: Nach wie vor ist die sogenannte Stasi-Belastung nicht geklärt. Wir müssen hierzu in der Partei einen Abschluss finden!

Drittens: Eine Sache, die mich persönlich „anstinkt“: Wir entwickeln uns zu einer beliebigen Partei, mit dem Anbiedere, mit an die Macht zu kommen.

Ich begreife nach wie vor nicht, warum wir in Thüringen und Sachsen-Anhalt nicht bereit waren, mit der SPD zu kooperieren.

Wir kommen so wie jetzt in der Opposition nicht weiter. Und wir verlieren an Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung!

*Im Gespräch mit Winfried Schwerendt
war Horst Wiesner
Foto: howi*

P.S.: In den kommenden „Herzblatt“-Ausgaben werden wir aus der Arbeit weiterer Basisorganisationen berichten.

Wörter mit „Bahnhof“ in aller Munde

In Cottbus tut sich etwas ... so oder so ähnlich kann sich derzeit eigentlich jeder Cottbuser über seine Heimatstadt äußern. Und gerade über Sachen, bei denen das Wort „Bahnhof“ drin vorkommt, ist derzeit in den Medien immer etwas Neues zu erfahren.



So ist nicht nur die Bahnhofstraße derzeit Cottbus größte Baustelle, so soll nicht nur der Bahnhofsvorplatz endlich ein neues Erscheinungsbild, samt eingebundenen Verkehrsknotenpunkt, bekommen, so wird auch der Bahnhofsbau saniert. Und obwohl nun auch der zweite Bauabschnitt hinterm Heron angefangen wurde, liegt das bautechnische Zentrum von Cottbus nun eindeutig rund um den Bahnhof.

Voll im Plan befinden sich die Erdarbeiten in der Bahnhofstraße. Abgestimmt

mit weiteren Unternehmen werden derzeit alle benötigten Medien saniert und neu verlegt. Solch abgestimmtes Verhalten erspart unnötige Kosten und unnötige weitere Baumaßnahmen. Aus den Versäumnissen vergangener Tage hat die Stadtverwaltung erfolgreich gelernt.

Bis Ende des Jahres wird auf der Westseite der Bahnhofstraße fleißig weitergearbeitet. Neben einer neuen Schwarzdecke werden auch die benötigten Anlagen für die Straßenbahn neu errichtet. Danach wird auf die Ostseite gewechselt und alles von Vorne begonnen.

Um die umliegenden Straßen nicht völlig zu verstopfen, wird eine Fahrbahn Richtung Innenstadt dauerhaft geöffnet sein.

Ein bautechnisches wie gestalterisches Highlight kann der neue Bahnhofsvorplatz werden. Vor allem soll für die Reisenden mit dem Zug die Anbindung an den ÖPNV der Stadt zielgerichtet verbessert werden. Wie auch schon die „Lausitzer Rundschau“ aus dem Wirtschaftsausschuss berichtete, wird nicht nur der Busbahnhof auf den derzeitigen Parkplatz verlegt, der Cottbuser Bahnhof erhält dazu noch seine eigene Straßenbahnhaltestelle. Aber auch die Parksituation für die täglichen Pendler von und nach Cottbus soll sich entschei-

dend verbessern – mit mehr Plätzen und mehr Grün.

Über 13 verschiedene Varianten hat das beauftragte Planungsbüro dafür entwickelt und untersucht und uns Stadtverordneten zwei wirtschaftliche, aber auch attraktive Vorschläge gemacht. Diese werden nun in den Fraktionen diskutiert, wobei sicherlich auch unserer Fraktion die verschiedensten Fachleute dazu einladen wird. Im Wirtschaftsausschuss haben wir außerdem beschlossen, dass es eine ausführliche Erläuterung der geplanten Baumaßnahmen für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger geben soll. Dies wird sicherlich nach der Sommerpause in die Tat umgesetzt.

Alle Cottbuser Bürger sollen ihre Vorstellungen und Ideen in den neuen Bahnhofsvorplatz einbringen können. Ambitioniert ist der Zeitplan des ganzen Bauvorhabens. Schon Anfang nächsten Jahres soll angefangen werden, mit dem Abschluss der Baumaßnahmen ist 2014 zu rechnen.

Euch, liebe Genossinnen und Genossen, kann ich nur auffordern, Euch intensiv und interessiert in die Debatte einzubringen. Bei Fragen beziehungsweise Ideen steht Euch das Fraktionsbüro natürlich immer offen.

Text: André Groß

Foto: www.der-lausitzer.de

Aufruf zum Firmenlauf Lausitz

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 20. Cottbuser City-Lauf, an dem Annelie Kaschke, Jürgen Siewert und ich teilgenommen haben, war für uns ein voller Erfolg.

Hier konnten wir uns als DIE LINKE. Cottbus ganz anders präsentieren. Wir hatten alle ein T-Shirt von den LINKEN an und waren sehr deutlich wahrnehmbar.

Ich möchte hier ganz persönlich Annelie und Jürgen für ihr Engagement und für ihre Anstrengung danken.

Das was wir vermisst haben, waren Anfeuerungsrufe unserer Genossinnen und Genossen. Als LINKE waren wir Drei so ziemlich allein auf weiter Flur. Gleichwohl habe ich sehr viele interessante Gespräche mit Bürgern aus Cott-

bus geführt. Menschen die sonst nie mit LINKEN zusammen kommen würden und ganz sicher nicht unsere Veranstaltungen besuchen.

Am 23.Juni findet wieder im Puschkinpark der Firmenlauf Lausitz statt.



Organisiert wird er von der DAK und vom Lokalradio 94,5. Die Schirmherrschaft hat der Cottbuser Oberbürgermeister übernommen. Hier muss eine Distanz von zweimal 3,2 Kilometern überwunden werden. Das Schöne an diesem

Lauf ist, dass beliebig viele Mitglieder einer Staffel ans Rennen gehen können. Da wir fünf T-Shirts haben, schlage ich vor, dass wir auch hier wieder mit fünf Läufern an den Start gehen sollten, um geschlossen auftreten zu können. Die Laufstrecke ist wieder Puschkin Park - Spree und zurück. Eine sehr schöne Laufstrecke.

Die Startzeit ist diesmal 19.00 Uhr.

Ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn wir als LINKE in Cottbus uns auch bei diesem Lauf präsentieren könnten und bitte um Teilnahmemeldungen.

Auch wenn ihr nicht laufen könnt, versucht, Euch an die Strecke zu begeben und unsere Läufer anzufeuern.

Jürgen Maresch,

Ortsvorsitzender DIE LINKE. Cottbus

Über den Tellerrand geschaut und vom kommunalen Nachbarn gelernt

Oder: Wer über den eigenen Tellerrand schaut, erblickt oftmals nicht den lichten Horizont...



Die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten der LINKEN aus Kolkwitz, Burg und Werben (fast) vollständig

... denn über der kommunalen Vertretung einer Gemeinde stehen die des Landkreises Spree-Neiße/Stadt Cottbus, des Landes und des Bundes und hier gibt es, zumindestens bei den LINKEN, kaum eine effektive Zusammenarbeit.

Das erste aber sicher nicht letzte Treffen der LINKEN-Abgeordneten und Nachfolgekandidaten aus Kolkwitz, Burg und Werben fand am 12. Mai ohne Protokoll, ohne Öffentlichkeit und somit ohne Befürchtung, dass für einen durchaus richtigen Gedanken eine fehlerhafte Formulierung gewählt werden könnte, in entspannter Atmosphäre und idyllischer Lage in Burg/Spreewald statt. Obwohl keine Tagesordnung vorgegeben war, wurde mehr als drei Stunden intensiv beraten und diskutiert.

Spontaner erster Beratungsschwerpunkt war die Verantwortung und Konsequenzen der Kommunen im Allgemeinen und der LINKEN Politiker im Besonderen für ihre Schulen und die Einbeziehung behinderter Menschen in das tägliche Leben. Ein Glücksumstand war für uns dabei, dass der Landtagsabgeordnete und Cottbuser Ortsverbandsvorsitzende

Jürgen Maresch an der als „Dankeschön“ für fleißige ehrenamtliche Tätigkeit konzipierten Veranstaltung ein Stück weit teilnehmen konnte.

Alternative Energien und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten kleinerer Gemeinden, ihre finanzielle Situation zu verbessern, waren ein weiterer Schwerpunkt.

Als dritter Schwerpunkt kristallisierte sich das Thema Trink- und Abwasser, Hoch- und Niedrigwasser und die „Verockerung“ stehender und fließender Gewässer mit ihren Auswirkungen auf Fauna und Flora und damit letztendlich auch auf den Tourismus heraus.

Bei diesen zwei Themen wurden Befürchtungen geäußert, dass in den Gemeindevertretungen aus vordergründi-

gen Eigeninteressen bestimmter örtlicher Unternehmen/Interessenvertretern einzelne Themen favorisiert werden bzw. unbenannt bleiben könnten.

Die Sach- und Fachkompetenz der für DIE LINKE. ehrenamtlich tätigen Bürger und Parteimitglieder reicht oftmals nicht aus, um hinter die Kulissen schauen zu können. Zum Beispiel: Eine wirklich unabhängige Energieberatung der Kommunen kostet viel Geld. Und das wollen viele Abgeordnete aus den verschiedensten Gründen nicht ausgeben.

Eine inhaltliche und finanzielle Unterstützung zur Qualifikation aller Abgeordneten der LINKEN zur Thematik kommunale Energieerzeugung oder auch Wasser- und Abwasser durch übergeordnete Parteistrukturen ist nicht in Sicht.

Kritisch wurden die eigenen Möglichkeiten zur Realisierung von Lösungsideen beraten, denn in keinem der drei Kommunalvertretungen haben die LINKEN eine eigene Mehrheit.

Die Unzufriedenheit mit Kompromissen auf Landesebene, besonders im Bildungswesen, der Polizeireform und dem Energiesektor wurde deutlich artikuliert.

Die Frage wieweit die Leidenschaft bei Abstrichen an linken Positionen zugunsten der Koalition in der Regierung geht, wurde aufgeworfen. Betont wurde aber die Notwendigkeit einer viel umfangreicheren Propagierung der nur unter Rot-Rot erreichbaren bzw. bereits erreichten Erfolge für die Bürger.

Text und Foto: Gerd Bzdak

Rente mit 69 ist ein grober Unfug!

Zur Empfehlung der Wirtschaftsweisen für eine Rente mit 69, erklärt die seniorenpolitische Sprecherin der LINKEN, Irene Wolff-Molorciuc:

Schon die Rente mit 67 verschärft nur die Altersarmut und bringt ökonomisch nichts.

Es gibt seit vielen Jahrzehnten eine steigende Lebenserwartung. Die ist erstens erfreulich, und mit der kommt man volkswirtschaftlich auch klar. Grundlage dafür ist die Steigerung der Produktivität



und das Festhalten an der Umlagefinanzierung. Laut einer aktuellen Studie der Volkssolidarität haben 2010 bei den ost-

deutschen Neurentnern 41,5 Prozent der Männer und 71,5 Prozent der Frauen eine Rente unterhalb der Schwelle zur Armut von 801 Euro erhalten. Diese Zahlen werden im „Leben vor der Rente“ produziert.

Im Zusammenhang mit einer gerechten Alterssicherung dringt DIE LINKE. endlich auf die Rentenangleichung Ost an West, und zwar als eine reale Angleichung und nicht als eine rein rechnerische, und es bleibt unsere Forderung nach der Abschaffung der Rente mit 67.

Aus meiner Sicht

Ein Bild der Lächerlichkeit

Landtagsopposition erschöpft sich in Stasi-Jagd, DDR-Verteufelung und Skandal sucht.

Wenn mir auch die bürgerliche Demokratie suspekt ist, so gehört es doch zu ihrem Selbstverständnis, dass jede Regierung in Stadt und Land von einer Opposition kritisch begleitet wird: konstruktiv, hart und fair. So jedenfalls wird in Sonntagsreden immer wieder einer der Vorzüge des kapitalistischen Gesellschaftssystems gepriesen.

Nehmen wir diese Qualitätskriterien für Oppositionsarbeit mal ernst und zum Maßstab für die Bewertung der Brandenburger Landtagsopposition, so könnte man zu dem Schluss kommen: Wir haben hier gar keine Opposition. Jedenfalls keine, die diesem Anspruch gerecht wird.

Statt konstruktiver Sacharbeit zum Wohle der Bürger konzentriert man sich dort nahezu ausschließlich auf „Vergangenheitsbewältigung“. Das heißt zurzeit konkret Stasi-Jagd auf Polizei- und Justizbeamte im öffentlichen Dienst, DDR-Verteufelung, die „Aufarbeitung“ angeblicher Fehler in den Nachwendejahren mittels einer Enquetekommission und das „Aufdecken“ von „Filz und Korruption“ im Umfeld der rot-roten Regierung. Das Muster dafür sind die „Speer-Affäre“ und der „Krampnitz-Skandal“.

Und natürlich wittert die Opposition hinter jeder Tür eine DDR-Verklärung. Kein Wunder in einem Bundesland, das den Ehrennamen „kleine DDR“ trägt. Alles wird maßlos aufgebauscht und eine Atmosphäre des Misstrauens erzeugt.

In Sachen Stasi verfährt man nach der so bewährten wie ungeheuerlichen Methode: Erst den dunklen Verdacht streuen und Menschen verunsichern. Dann verfahren nach der Methode, der Pöbel will ein Opfer, und wir liefern es ihm. Nichts soll bleiben von dem 94er Beschluss aller damaligen Fraktionen des Landtages „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“.

Die Meinungsführerschaft in diesem Prozess der Konfrontation hat die CDU-Fraktion übernommen, vor allem in der Person von Saskia Ludwig, der Fraktionsvorsitzenden und Parteichefin.

Sie sei, so ihr Credo, für „trügerischen Konsens“ nicht zu haben. Unter ihrer Führung habe Brandenburg nach zehn Jahren

endlich eine Opposition, die der Platzek-Regierung „beim eingeschlagenen sozialistischen Umbau des Landes“ nicht mehr tatenlos zuschaut.

Also, mal ehrlich, wer so etwas behauptet, kann doch nicht ganz dicht sein, macht sich mehr als unglaubwürdig, ja lächerlich. Sozialistischer Umbau – wo sollte der denn stattfinden? Schön wäre es!

Wer solcherart hanebüchene Argumente ins Feld führt, darf sich nicht wundern, nicht ernst genommen zu werden. Und wenn sich Lächerlichkeit dann auch noch mit Dummheit paart, ist es um Opposition hierzulande wirklich schlecht bestellt. Paradebeispiel dafür war die Kleine Anfrage der CDU-Fraktionschefin an die rot-rote Landesregierung zu angeblich die DDR verklärenden Straßennamen, wobei sie auch die Namen Luxemburg, Liebknecht und Bebel erwähnte. Das war selbst dem Generalsekretär des SPD-Landesverbandes, Klaus Ness, zu viel an Borniertheit. „Unverschämt“, sei es, dass Ludwig in diesem Zusammenhang den Namen von August Bebel (1840 bis 1913) anführe, dem Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie.

Angesichts solcher Konfrontationspolitik stellt sich die Frage nach dem Sinn und Zweck der Opposition überhaupt.

Wem nutzt das rückwärtsgewandte Wühlen in der Vergangenheit mittels „Untersuchungsausschuss“, den der ehemalige Brandenburger Kulturminister Hinrich Enderlein als „Blödsinn“ bezeich-

net? „Und es bringt gar nichts“, so sein Kommentar“.

Wozu führen Vorverurteilungen, Verfolgung und öffentliche Demütigungen ehemaliger DDR-Bürger wegen ihrer Geheimdienstmitarbeit? „Stasi-Rache“, so Egon Bahr beim Geburtstagsempfang für Manfred Stolpe, „höhlt die Solidarität aus“. Ein klares, ein wahres Wort!

Und was soll die geradezu manische Skandal sucht? Ales, so scheint es, dient einzig dem Ziel, mittels Ablenkungsmanöver der rot-roten Koalition ständig Stolpersteine in den Weg zu legen, sie in innere Widersprüche zu verwickeln und sie über Nebenschauplätze von der konkreten Sacharbeit abzuhalten.

Letztlich geht es der Opposition gar nicht um eine konstruktiv-kritisch-faire Begleitung der Regierungsarbeit im Bürgerinteresse, sondern vielmehr um den Sturz der rot-roten Koalition. Mangels eigener gesellschaftlicher Konzepte und Alternativen pervertiert so Opposition zur Bühne parteipolitischen Kampfes. Und sitzt dabei in einem Boot mit bekennenden LINKE-Gegnern in den bürgerlichen Medien, wie unter anderem der „Rundschau“.

Bezogen auf die eingangs genannten Qualitätskriterien und Maßstäbe bietet die Brandenburger Opposition gegenwärtig ein Bild der Lächerlichkeit und der Hilflosigkeit. Und stellt damit der bürgerlichen Demokratie ein Armutszeugnis aus.

Joachim Telemann



Karikatur: Hänschen

„Zusatzbeiträge sind zutiefst unsozial“

Gesundheitsexpertin Kathrin Vogler (DIE LINKE.) über bankrotte Krankenkassen, drohende Zusatzbeiträge und den neuen Gesundheitsminister

Die Krankenkasse City BKK ist pleite und wird zum 1. Juli 2011 geschlossen. Weiteren Kassen droht die Insolvenz. Aus welchem Grund müssen diese Krankenkassen schließen?

CDU/CSU und FDP setzen fort, was die Koalition von Union und SPD begann: Die Ideologie von Wettbewerb und Markt pur treibt manche Krankenkasse in den Ruin. Kassen mit überdurchschnittlich vielen älteren und kranken Mitgliedern gehen pleite.

Viele der rund 168 000 Versicherten der City BKK werden von anderen Kassen abgewimmelt. Was raten Sie den Versicherten?

Nach dem Gesetz haben alle Versicherten die freie Wahl: Sie dürfen sich die Kasse aussuchen, die ihren Bedürfnissen am besten entspricht. Dabei sollte man sich nicht abwimmeln lassen.

Die gesetzlichen Krankenkassen gehen davon aus, dass der Zusatzbeitrag in den kommenden Jahren zur

Regel wird und auf 50 bis 70 Euro im Monat steigen könnte.

CDU/CSU und FDP haben den Arbeitgeberbeitrag eingefroren. Wenn die Ausgaben für Arzneimittel, Ärzte-Honorare oder Medizintechnik schneller als die Löhne steigen, müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Rentnerinnen und Rentner das mit Zusatzbeiträgen allein schultern. Das ist zutiefst unsozial.

Der Deutsche Bundestag berät zurzeit über drei Gesetzesanträge der Fraktion DIE LINKE. Was ist der gemeinsame Kern dieser drei Anträge?

Die jetzigen Regelungen der Versicherungspflicht führen zu massiven sozialen Verwerfungen: Selbständige mit geringen Einkommen oder privat versicherte AlI-Bezieher werden durch unbezahlbare Beiträge in die Schuldenfalle getrieben. Diese Menschen können nicht darauf warten, dass wir eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung durchsetzen. Deswegen schlagen wir für diese

Gruppen schnelle und pragmatische Lösungen vor.

Welchen Vorteil haben die Versicherten, wenn die Mehrheit des Bundestags diesen Anträgen zustimmt?

Wir wollen bezahlbaren Versicherungsschutz und umfassende Gesundheitsversorgung für alle, gerade auch für Menschen mit geringem Einkommen. Unsere Anträge bedeuten einen ersten Schritt in diese Richtung.

Was erwarten Sie von dem neuen Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP)?

Wenn Banker und Ökonomen Gesundheitspolitik machen, kann man leider nicht viel Gutes erwarten. Daniel Bahr hat vor zwei Jahren gedroht, die gesetzliche Krankenversicherung abschaffen zu wollen. Da wird er aber bei uns auf Granit beißen.

Kathrin Vogler ist Stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags.

Auf den Spuren jüdischer Geschichte in Berlin

Bericht über die Fahrt der AG Senioren am 4. Mai



Die Teilnehmer an der Fahrt der AG Senioren

Foto: Norbert Hansel

Auch in diesem Jahr hatte die AG Senioren zu einer Tagesfahrt eingeladen.

Organisiert von Genossen Achim Masula und Herrn Norbert Hansel vom City-Reisebüro nahmen 22 interessierte

Genossen und Freunde am 4. Mai daran teil.

Ziel war es, Einblicke in die Geschichte jüdischen Lebens in Berlin zu erhalten und Gedenkstätten kennenzulernen, die an die Verfolgung und Ermordung von Millionen jüdischer Menschen durch das Nazi-Regime erinnern.

Die Fahrt nach Berlin führte durch das frische Maigrün der Wälder, gelbe Rapsfelder und immer wieder vorbei an Kastanien, in denen der Frühling

die Kerzen angezündet hatte (Louis Fürnberg).

Bereits unterwegs stimmte uns Herr Hansel auf den Besuch der jüdischen Gedenkstätten ein. Wir erfuhren, warum

in vergangenen Jahrhunderten viele Juden nach Berlin kamen, wie sie lebten, welche großartigen wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen sie in die deutsche Geschichte einbrachten.

Unser erstes Ziel war der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee - eine große historische Parkanlage, in der viele bekannte jüdische Persönlichkeiten beigesetzt sind. Wir konnten einen kleinen Teil des riesigen Areals kennenlernen und standen beeindruckt am schlichten Grabstein von Stephan Heym.

Von da aus fuhren wir in die Stadtmitte und durch die Oranienburger Straße, vorbei am Centrum Judaicum und der Neuen Synagoge zum Holocaust-Denkmal. Leider hatten wir wegen der verstopften Straßen zu wenig Zeit für die Besichtigung dieser Gedenkstätten.

(Fortsetzung auf Seite 10)

Auf den Spuren jüdischer Geschichte in Berlin

(Fortsetzung von Seite 9)

Weiter ging unsere Fahrt in Richtung Wannsee, durch den Grunewald zum Haus der Wannsee-Konferenz. Diese Gedenkstätte kannten die Meisten von uns noch nicht. In dieser Villa am Wannsee trafen sich am 20. Januar 1942 hohe faschistische Führer aus Politik und Wirtschaft. Sie beschlossen hier auf der Grundlage der bereits 1938 proklamierten „Endlösung der Judenfrage“ Maßnahmen zur Ermordung von Millionen Juden in Europa. In den Ausstellungsräumen sind sowohl die politischen Hintergründe als auch die praktische Ausführung dieses Vernichtungsfeldzuges der Nazis detailgenau dokumentiert. Diese stabsmäßig geplante und mit „deutscher Gründlichkeit“ organisierte Ermordung von sechs Millionen jüdischer Menschen gehört zu den grausamsten Verbrechen in der deutschen Geschichte. Diese Geschichte wachzuhalten, muss unser Anliegen bleiben.

Beim Betrachten der Ausstellung bemerkte ich, dass in einigen Räumen junge Menschen, vermutlich Gymnasiasten, saßen, mit einer Klemm-Mappe auf den Knien. Mit großer Ernsthaftigkeit studierten sie die Dokumente, offensichtlich Jeder zu einem bestimmten Thema, notierten, ließen sich von Museumsmitarbeitern beraten und waren offensichtlich tief beeindruckt. Es ist gut zu sehen, wie junge Menschen sich so mit unserer Geschichte befassen.

Den Abschluss unserer Exkursion bildete eine zweistündige Schifffahrt über sieben Havelseen nach Potsdam.

Über den Großen und den Kleinen Wannsee, den Griebnitzsee und andere führte die Tour an frühlingsgrünen Ufern entlang, vorbei an historischen preußischen Schlössern, der Pfaueninsel und der Glienicker Brücke, die an die jüngste deutsche Geschichte erinnert.

Auf der Rückfahrt nach Cottbus wurde mir bewusst, dass ich an die so vielfältigen Eindrücke des Tages sicher noch oft denken werde.

Ursula Grunow,
BO 32

Die ersten freien Wahlen in Cottbus 1946

Mit großem Propaganda-Aufwand wurden sie vorbereitet

Die „Märkische Volksstimme“ vom 29.06. 1946: „Nach mehr als 13-jähriger politischer Unfreiheit und geistiger Knechtschaft geht die Bevölkerung der Mark Brandenburg am 15. September zur demokratischen Abstimmung an die Wahlurne. In freier, gleicher und geheimer Wahl sollen die Organe gewählt werden, die unsere Städte und Gemeinden verwalten...“

Die Wahlordnung für die Gemeindewahlen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, von der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland bestätigt, wurde in der „Märkischen Volksstimme“ vom 2. Juli 1946 veröffentlicht. Danach waren Kriegsverbrecher und Naziaktivisten vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Mit großem Propaganda-Aufwand wurden die 1. Gemeindewahlen nach Kriegsende am 15. September und die Wahlen für die Kreistage und Landtage am 20. Oktober 1946 vorbereitet. Hochrangige Vertreter der einzelnen Parteien sprachen im Vorfeld der Wahlen auf Großkundgebungen in Cottbus, so für die CDU Jacob Kaiser, für die SED Wilhelm Pieck und für die LDP Dr. Falck.

Mit der Begründung, dass zu viele ehemalige Nazis sich der LDP angeschlossen hätten, untersagte die sowjetische Stadtkommandantur der LDP, Ortsgruppe Cottbus, für die Zeit vom 15. bis 28. August 1946 jede politische Aktivität. Die Wahl selbst fand in 23 Cottbuser Wahllokalen statt und hatte ein vom Durchschnitt Brandenburgs deutlich abweichendes Ergebnis.

Bei einer Wahlbeteiligung von 85,54 Prozent erreichte die LDP mit 12 308 das beste Resultat, 12 186 Stimmen fielen auf die SED und 5504 Stimmen auf die CDU. Der Frauenausschuss, Liste 4, erhielt 194 Stimmen. 638 Stimmen wurden für ungültig erklärt.

Da entsprechend der Wahlordnung 50 Gemeindevertreter tätig werden sollten, erhielt die LDP 21, die SED 20 und die CDU 9 Sitze.

Die Bemühungen der LDP als stärkste Fraktion des Stadtparlaments, mit Dr. Kolbe den Kandidaten für die Funktion des Oberbürgermeisters zu stellen, scheiterten am Widerstand der Stadtkommandantur, die für diesen Posten ein Mitglied der SED verlangte.

Auf der 2. Gemeindevertretersitzung, die in Anwesenheit von Kapitän Strogin von der Stadtkommandantur stattfand, stand als einziger Kandidat für den Posten des Oberbürgermeisters Otto Weihrauch (SED) zur Diskussion. Seine mehr oder weniger erzwungene Zustimmung kleidete der Abgeordnete Fritz Koall (LDP) in folgende Worte: „Aus der Gemeindewahl am 15. September ist die LDP als stärkste Partei hervorgegangen. Als solcher steht ihr die Besetzung des Oberbürgermeisterposten zu, wozu die LDP auch bereit war.“

Da aber der erst seit April amtierende Oberbürgermeister Weihrauch sich stets um das Wohl der Bevölkerung bemüht hat und aus diesem Grund ein Wechsel nicht angebracht erscheint, ist die LDP bereit, ihm auch weiterhin das Vertrauen auszusprechen.“ (Aus: *Die Geschichte von Cottbus, Stadtarchiv*)

Das Wahlergebnis der ersten, freien Wahl in Cottbus scheint den Bestrebungen der SED-Führung zur Erreichung der dominierenden Stellung widersprochen zu haben.

Für die Wahl am 15. Oktober 1950 wurde die „Einheitsliste der Nationalen Front“ eingeführt. Dabei wurde der „Führungsanspruch“ der SED dadurch durchgesetzt, dass es sich bei den Vorschlägen der Massenorganisationen in der Mehrzahl um Mitglieder der SED handelen musste.

Mit der Festlegung von Quoten und dem Übergang zur Einheitsliste war der demokratische Charakter der Wahlen nicht mehr gegeben.

Und die nach 1990 erhobenen Vorwürfe, dass in der DDR bis zum Frühjahr 1990 keine demokratischen Wahlen stattfanden, sind berechtigt.

Herta Venter,
AG Geschichte

Einmal über Weizsäckers Worte nachdenken

16. „Rundschau“-Treffen fand im 65. Jahr des Bestehens der Tageszeitung große Resonanz



Viel Gesprächsstoff hatten wie alle Teilnehmer auch Gertrud Limberg, Irmgard und Heinz Zönnchen, Norbert Abraham und Heinz Winkler (v.l.).

Alle Jahre wieder treffen sich im Mai um die 40 ehemalige Beschäftigte der „Lausitzer Rundschau“ zum gemütlichen Plausch über gemeinsame Jahre im Arbeitsleben, über den Weg nach der Wende.

Dabei bleibt die Politik von gestern und heute nicht außen vor. Schubladendenker, die gern Menschen nach ihren Äußerungen in bestimmte Fächer (Schubladen) einsortieren ohne eigentlich über den Inhalt der Aussagen ernsthaft nachzudenken, hätten es dabei vermutlich nicht ganz einfach gehabt.

Während einst die Treffen von Mitgliedern der heutigen Linkspartei ins Leben gerufen wurden, gesellten sich im Laufe der Jahre auch parteilose Journalisten und ehemalige Angestellte von Druckerei und Verlag hinzu. Kollegen also, die keinerlei Berührungängste mit Angehörigen einer Partei haben, die nicht von Jedem gern gesehen ist. Gegeneinander statt Miteinander! Kein gutes Aushängeschild für Demokratie.

1985 sagte Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Zur Demokratie gehört unauflösbar die freie politische Auseinandersetzung ihrer freien Bürger. Ebenso unauflösbar gehört aber auch zu ihr, dass sich in dieser Auseinandersetzung, so groß die Gegensätze auch sein mögen, der Wille und die Fähigkeit zum Miteinander bewähren müssen.“

Und was erlebten „Rundschau“-Treffen-Teilnehmer am 1. Mai in Cottbus? Zwischen Schlosskirche und Sprembrunnen waren zwei Info-Stände („Junge Welt“ und „RotFuchs“), die nach Veranstalterwillen nicht mit auf den Platz am

Stadtbrunnen durften. Was hätte dazu wohl der US-amerikanische Journalist Edward R. Murrow (1908-1965) gesagt? Von ihm stammen die Worte: „Viele Leute glauben, dass sie denken, während sie in Wirklichkeit nur ihre Vorurteile umschau-feln.“ Ob diese Aussage für den ersten Maitag in Cottbus zutrifft oder nicht, kann wohl nur der Veranstalter sagen.

Um Zutreffendes ging es in der „Rundschau“-Runde wieder bei den Quizfragen, diesmal ausschließlich zum Thema „65 Jahre Rundschau“, zusammengestellt von Chefredakteur a. D. Joachim Telemann. Selbst die 91-jährige Waltraud Hubein bewies, wie gut sie noch mit der Geschichte und den Abläufen ihrer einstigen Wirkungsstätte vertraut ist.



Blumen gab es für die beiden ältesten Teilnehmer Waltraud Hubein (91) und Heinz Schellenberger (87).

Traudel Hubein hielt die Fäden in der Poststelle zusammen, ein wichtiger Knotenpunkt im Verlagshaus. Ob sie oder der langjährige Landwirtschaftsexperte Walter Schulz, der international anerkannte Fotograf Erich Schutt und sein Kollege Adi Wawro, die stets verlässliche Archivarin Ilse Pohl und all die anderen setzten sich täglich dafür ein, den fast 300 000 Leserinnen und Lesern eine für die damaligen Verhältnisse ansprechende Zeitung anzubieten. Freilich gefiel das Blatt damals nicht allen, aber heute ist es nicht anders, obwohl sich die jetzige „Rundschau“ als „Unabhängige Tageszeitung“ bezeichnet. Aber das zu bewerten, ist Sache der Leserschaft.

Ein Fazit oder die Botschaft der lebhaften Gespräche beim diesjährigen LR-Treff könnte vielleicht so oder ähnlich lauten: Egal ob Parteimitglied oder nicht, das

Grundgesetz der Bundesrepublik wird geachtet. Und das sollten alle Zeitgenossen so handhaben.

Andersdenkende auszugrenzen war ein Fehler der DDR, der offenbar auch heute nicht abzustellen ist, meinen ehemalige LR-Redakteure. Sie stimmen übrigens in einem anderen Punkt ihrem einstigen Mitstreiter Heinz Florian Oertel zu, der sich in seinem Buch „Pfui Teufel“, Untertitel: „Über Verdrängtes und Vergessenes“, auch mit der so genannten „Geschichtsaufarbeitung“ befasst. Immer wieder taucht dabei auf, Ostdeutsche sind undankbare Jammerer. Wer sich die Zeit nimmt, in vielen Tageszeitungen nicht nur zu blättern, sondern auch zu lesen, erkennt und weiß längst, welche Trikotfarbe Autoren tragen, wes Wein sie trinken, wes Brot sie essen. Manche gehen dabei rustikal bis tollpatschig vor, andere versuchen es als Rolex- und Krawattenträger elegant. So Oertels Erkenntnis.

Was würde dagegen allen weiterhelfen? Oertel wird beim „Rundschau“-Treffen sinngemäß zitiert und stößt auf positives Echo: Jammerer aller Bundesländer an einen Tisch! Tatsachen, Fakten, Bewiesenes auf den Tisch! Darüber reden, was uns alle bewegt: Gesundheitswesen, Renten, Kindergärten, Schulen, Nahverkehr, Altersfürsorge und Pflege, Sportvereine und Sportstätten, Schulturnhallen und Straßen...

Fortsetzung und Resümee zu diesen Aspekten eventuell beim nächsten, beim 17. „Rundschau“-Treffen.

Fotos und Text: Harald Müller

glossiert

Eine Luftnummer

Der 65. Jahrestag der LR war für Chefredakteur Johannes M. Fischer Anlass, am 17. Mai auf Seite 1 eine gigantische Neuheit in der „Rundschau“ zu verkünden: Durch das Weglassen von „einigen Linien und Kästen“ habe die Zeitung künftig „mehr Luft“.

Stimmt! Denn nicht nur für mich ist die Zeitung schon seit Langem eine Luftnummer.

Tejo

Braune Flecken

Fortsetzung von der Mai-„Herzblatt“-Ausgabe: Braune Juristen

Ein äußerst einflussreicher Staatsrechtslehrer der Bundesrepublik Deutschland war Ernst Forsthoff. Er war tätig in Forschung und Lehre, erstellte zahlreiche Rechtsgutachten für Industrie und Kommerz (Handelsunternehmen und Banken) sowie für die Regierung. Schließlich vertraute ihm die Republik Zypern noch das hohe Amt des Verfassungsgerichtspräsidenten an. Auf diese Weise erlangte er ein hohes gesellschaftliches Ansehen.

Deshalb wurde ihm zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages 2002 ein Kolloquium gewidmet, an dem hochrangige Personen aus Lehre und Forschung, aus der Industrie- und Bankenwelt, aus den Ministerien und der hohen Gerichtsbarkeit teilnahmen.

Forsthoff fiel bereits in der Weimarer Republik durch rassistische und antisemitische Ausfälle auf. Auf der Grundlage seiner Dissertation und seiner Habilitationsschrift, in der er die Errungenschaften der Französischen Revolution negierte und einer totalen Vernichtung der individuellen und politischen Freiheitsrechte

das Wort redete, verfasste er sein Buch „Der totale Staat“. Es erschien 1933 und wurde 1934 neu aufgelegt. In ihm forderte Forsthoff die Naziregierung zur gesetzgeberischen Konsequenz bezüglich ihrer Rassenlehre auf. Den unerwünschten Bevölkerungsgruppen sollen tödliche Konsequenzen angedroht werden, die „Ausscheidung von Parias“ sei das Echtheitskriterium politischer Gemeinschaften.

Mit einer Reihe von Artikeln machte sich Forsthoff nach dem Machtantritt Hitlers einen Namen. In den Nazis sah er „kämpferisch und fordernd“ die Kräfte auf den Plan treten, „die zur Gestaltung berufen sind“. Es komme darauf an, die Artverschiedenheit des Volkes zu erkennen und dafür zu sorgen, dass die Artgleichheit als Gleichheit der Rasse und des volklichen Schicksals durchgesetzt werde. Der Jude erwecke durch aktive Beteiligung am kulturellen und wirtschaftlichen Leben eine Artgleichheit und Zugehörigkeit zum Volke. Die Wiedergeburt eines politischen deutschen Volkes müsse dieser Täuschung ein

Ende bereiten und dem Juden die letzte Hoffnung nehmen, anders als in Artverschiedenheit zum deutschen Volk leben zu können: „Die äußerliche Ausscheidung aus der nationalen Gemeinschaft, die durch den Staat zu geschehen hat, findet in ihrer Unwiderruflichkeit ein Gegenstück allein in der Todesstrafe.“ Und das bereits 1934, da die Nazis an den Holocaust noch nicht zu denken wagten!

Obwohl Jeder, der mit dem Neuaufbau des Justizapparates der Bundesrepublik Deutschland befasst war, diese tiefbraune Gesinnung, die geistige Vorwegnahme der Judenvernichtung des Herrn Forsthoff kennen musste, konnte dieser Vertreter einer menschenverachtenden Rechtsprechung in der früheren Bundesrepublik eine steile Karriere nehmen. Von seiner nazistischen Ideologie distanzierte er sich nur halbherzig. Die Nachwirkungen der faschistischen Gedankenwelt, die von großen Teilen der Nazelite in die Gesellschaft der BRD „hinübergerettet“ wurde, sind bis in die Gegenwart zu spüren.

Werner Didzuhn

LAUTSTARK! Spremberg gegen Nazis

Ausgerechnet am landesweiten Tag des offenen Unternehmens hatten die NPD und ihre Anhänger einen Marsch durch Spremberg geplant. Gegen derlei unternehmensfeindliche Aktivitäten mussten die Spremberger LAUTSTARK! protestieren.

Und so fanden sich am Samstag, bei schönstem Sonnenschein, etwa 300 Demonstranten zusammen, die – unterstützt durch eine Kehrmaschine der Stadtreinigung und zwei Trucks mit viel lauter Musik – dem Aufruf des Aktionsbündnisses gefolgt waren und im wahrsten Wortsinne lautstark ihre Meinung dazu kundtaten.

Von den braunen Kameraden reisten von den erwarteten 300 nur etwa 100 an. Das lag zum Teil auch daran, dass Aktivisten mehrere Bahnstrecken mit Baumstämmen blockiert hatten. Unerwünschte Nebenwirkung war allerdings, dass dabei auch etwa 50 UnterstützerInnen

von uns bei Neuhausen buchstäblich auf der Strecke blieben. Man kann sicher darüber streiten, ob die Zahl von 300 Demonstranten für ein Städtchen wie Spremberg mit rund 25 000 Einwohnern nicht etwas klein ausgefallen ist, und ob sich uns nicht doch etwas mehr BürgerInnen hätten anschließen können. Erfreulich war jedenfalls, dass sich übermäßig viele junge Menschen an dieser Aktion beteiligt hatten. Für mich ist das ein Zeichen, dass es den Jugendlichen offensichtlich nicht egal ist, wenn sich die Nazis in ihrer Heimatstadt breit machen.

Die Polizei sprach im Nachhinein von einem ruhigen Ablauf beider Demos – es gab keine Zwischenfälle. Unsere Begleiter in Grün und Schwarz bekamen denn auch

am Schluss der Aktion einen kleinen Beifall dafür, dass sie bei sommerlicher Hitze in voller Rüstung schwitzen mussten. Auch sie hätten wohl den Samstag lieber bei ihren Familien verbracht oder hätten lieber im heimischen Garten unterm Kirschbaum gelegen...

Text und Foto: Sigrid Mertineit



Zum Dahinschmelzen!

Unsere AKW sind sicher! So wird es im Brustton der Überzeugung allenthalben von Japan bis Deutschland und anderswo verkündet.

Fünf Tage nach den verheerenden Naturgewalten in Japan, die zur Reaktorkatastrophe in Fukushima I führten, legten die deutschen Experten für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium eine sechsstufige Expertise vor. Inhalt: „Erste Überlegungen zu Konsequenzen Fukushima“. Die Liste ist erstaunlich lang. Umgekehrt verrät sie aber auch, was in unseren Reaktoren noch nicht Standard ist. Einige Beispiele:

- Der Schutz gegen Hochwasser, Erdbeben, Flugzeugabstürze und andere externe Einflüsse. Besonders die Tatsache, dass sich mehrere Ereignisse ungünstig miteinander verketteten können, war bisher nicht von Belang. Bei einem Unfall werden Messdaten nicht mehr angezeigt. Ob die Kühlsysteme

noch funktionieren, wenn Fremdmaterial wie Heuballen oder Quallen angeschwemmt werden, ist unklar. Die Pumpen und Ventile sind zu klein.



- Notstromversorgung: Wenn sie funktioniert, läuft sie nicht einmal 72 Stunden lang. Ob sie und die Notkühlsysteme beispielsweise bei einem Flugzeugabsturz überhaupt noch funktionsfähig wären, ist auch unklar.

Nicht mal ein IT-Sicherheitskonzept gibt es überall, und von besonders geschützten Leitungen kann nicht die Rede sein.

- Schon 2009 bescheinigte ein internes CDU-Strategie-Papier den älteren Reaktoren unlösbare Sicherheitsdefizite. Würden alle angeführten Sicherheitsanforderungen zur Pflicht erhoben, würde sich für die meisten Meiler in Deutschland die Nachrüstung und der Weiterbetrieb wegen der exorbitanten Kosten nicht lohnen.

Die Lösung der Bundesregierung war schon vor einigen Monaten die rigorose Zusammenstreichung der Sicherheitsanforderungen. Außerdem wurde der Katalog der Nachrüstungen auf viele Jahre gestreckt. Diese Liste muss natürlich erst noch diskutiert werden, heißt es. „Sicherheit hat oberste Priorität“, so die Bundeskanzlerin. Sicher ist sicher – oder doch nicht?
Sigrid Mertineit

Brigitte Vallenthin:

„Ich bin dann mal Hartz IV“



„Hartz IV, das sind nicht die da! – die Anderen! Es sind nicht die, die nichts gelernt haben – nicht die, die sich nicht alleine helfen können, oder die Schwachen. Auch sind es nicht die, die zu faul sind, morgens aufzustehen oder zu bequem, acht Stunden zu arbeiten. Schon gar nicht sind es die so genannten kleinen Leute. Hartz IV sind wir!“

Dieses Plädoyer der Autorin Brigitte Vallenthin steht gleich zu Beginn des Buches und spricht wohl jedem Betroffenen aus der Seele. Und einige Zeilen weiter charakterisiert sie das Wesen von Hartz IV als „Virus“, welcher sich unerbittlich in unser Land hineinfrisst: „Dagegen hilft keine noch so gute Bildung oder Ausbildung. (...) Doch Hartz IV kennt keine Achtung vor Bildung, es unterschätzt kreative Talente, es missachtet Reichtum an Arbeitswillen, es ignoriert Werte wie Hilfsbereitschaft, Für- und Miteinander.“

Wenn man dieses Buch liest, bekommt man echte Zweifel, ob dieses Land sich noch Sozialstaat nennen darf.

Auch wenn dies ein besonders krasser Einzelfall ist – Vieles von dem Geschilderten ist sicher dem einen oder anderen „Kunden“ von Sozialbehörden auch schon zugestoßen.

Die Autorin beschreibt in ihrem Büchlein, wie sie in die Mühlen der Sozialbürokratie geriet. Eigentlich hatte sie schon ein erfülltes Berufsleben hinter sich – sie war in der Marktforschung tätig, arbeitete als Journalistin, besaß einen eigenen Laden für Kinderkleidung und Spielzeug. Später betrieb sie auch Biolandwirtschaft, hatte einen Bioladen, war als Ernährungsberaterin tätig. Sie arbeitete viel und gerne und hatte ein bescheidenes Auskommen mit ihrem Einkommen. Bis zu jenem Septembertag 2004, als sie auf einer Steintreppe stürzte und sich den Arm brach. Eigentlich ist sowas keine große Sache – doch es gab Komplikationen. Einige Fehldiagnosen hier – ein paar Operationen da... Die Arbeit musste liegenbleiben – das Einkommen blieb dadurch aus – und innerhalb eines Jahres

schmolzen die finanziellen Reserven dahin wie Butter in der Sonne. Im Dezember 2005 war das Ende der Fahnenstange erreicht: Brigitte Vallenthin musste zum Sozialamt gehen – ob sie wollte oder nicht.

Doch nicht sozialstaatlicher Schutz empfing sie in den Räumen der Behörde sondern staatliche Willkür. Eindrucksvoll beschreibt die Autorin ihre Odyssee durch die Instanzen der Behörden – und Gerichte. Denn fast jeder Anspruch auf soziale Leistungen wurde ihr streitig gemacht von den Sachbearbeitern. Auf die Hilfe der Gerichte baute sie dabei oft vergeblich.

Heute ist Brigitte Vallenthin Sprecherin der Hartz-IV-Plattform in Wiesbaden. Sie engagiert sich für die Betroffenen, von denen viele ein ähnliches Schicksal hinter sich haben.

Ein Buch, welches man unbedingt lesen sollte, auch wenn man selbst nie das zweifelhafte Vergnügen hatte, „Kunde“ zu sein in einer der Sozialbehörden.

Sigrid Mertineit

**Das Buch erschien im VSA-Verlag,
St. Georgs Kirchhof 6, Hamburg**

Bin Laden ist tot – Terrorismus ade! Oder was?

Osama Bin Laden, führender Kopf des Terrornetzwerkes Al Quaida, ist tot. Endlich! Sagen viele, deren Angehörige bei von diesen Terroristen verübten Anschlägen ums Leben kamen – und das waren immerhin einige Tausend. Allein die Anschläge vom 11. September 2001 forderten knapp 3000 Menschenleben.

Und doch wirft die Art und Weise des gewaltsamen Ablebens des Terrorfürsten eine Reihe von Fragen auf.

Widerspricht es nicht den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wenn in einer Nacht- und Nebelaktion ein Killerkommando in ein fremdes Land eindringt, mit dem eindeutigen Ziel, Jemanden gezielt zu töten? Und der amerikanische Präsident und sein Geheimdienstchef schauen live zu. Selbst die schlimmsten Kriegsverbrecher, die Zehntausende von Menschen auf dem Gewissen hatten, bekamen wenigstens einen Prozess.

Die mittlerweile übliche Praxis des CIA und anderer Geheimdienste, sich unliebsamer Personen mittels einer solchen „Kill Mission“ zu entledigen, ist außerdem höchst fragwürdig.

Nach den Anschlägen vom 11. September bekannte sich Osama Bin Laden offen als Initiator und geistiger Vater

derselben. Die Taliban in Afghanistan wurden beschuldigt, ihm Unterschlupf zu gewähren. So wurde der Einmarsch der amerikanischen und „verbündeten“ Truppen in Afghanistan legitimiert.

Die Geheimdienste vermuteten das Versteck des Terroristenführers in der unwegsamen Bergregion im Grenzgebiet zu Pakistan. Doch trotz jahrelanger Suche konnte man seiner bisher nicht habhaft werden.

Mittlerweile ist die Militäraktion in Afghanistan zu einem Krieg ausgewachsen. Jetzt, wo die „Zielperson“ tot und versenkt ist – welchen Grund gibt es noch, die Besetzung und Kriegführung in Afghanistan aufrecht zu erhalten?

Obwohl die pakistanische Regierung ganz offensichtlich nichts von der geheimen „Kill Mission“ der Navy Seals auf ihrem Territorium wusste – es ist kaum glaubhaft, dass sie nichts davon wusste, dass sich der meistgesuchte Terrorist der Welt schon seit Jahren samt seinem Stab nur 50 Kilometer von der Hauptstadt entfernt auf einem Anwesen verschanzt hatte, das fast so gut gesichert war wie Fort Knox. Wie wird sich das alles auf die Beziehungen zwischen den USA und Pakistan auswirken?

Einst wurde Osama Bin Laden von den USA hofiert – als es darum ging, die sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan zu vertreiben. Da befand er sich in guter Gesellschaft mit Saddam Hussein und Muammar El Gaddafi. Die Geister, die man rief, wurde man nicht wieder los, jedenfalls nicht so schnell.

Ist die Welt nach Osama Bin Ladens Tod nun friedlicher geworden? Ist das mächtigste Terrornetzwerk nun am Ende?

Man kann wohl beide Fragen getrost mit Nein beantworten. Denn offensichtlich hat auch Präsident Obama noch immer nicht begriffen, dass Terror nicht mit Krieg und Gewalt und schon gar nicht mit solchen gezielten Tötungsmissionen bekämpft werden kann.

Im Gegenteil: Dem abgeschlagenen Kopf der Hydra werden Neue nachwachsen. Auf diese Weise werden neue Monster erschaffen – neuer Hass wird entstehen und dem Terrorismus Auftrieb geben. Und Deutschland macht weiter emsig mit bei diesem Treiben.

Die Bundeskanzlerin beglückwünschte den amerikanischen Präsidenten zu seinem „Erfolg“. In diesem Sinne also – weiter so!

Sigrid Mertineit

Gedanken zu Energiepositionen in Brandenburg

Dieter Brendahl: Warum eine Bürgerinitiative für den Wandel zur dezentralen Erzeugung und Nutzung regenerativer (erneuerbarer) Energien (über)lebensnotwendig ist.

Vor 200 Jahren verreiste man mit Pferdefuhrwerken. Die Bauern bestellten ihre Felder mit Pferdegespannen. Arme Bauern spannten noch zu meiner Kindheit ihre Kühe vor den Pflug. Mensch und Tier lebten fast ausschließlich von dem, was man heute erneuerbare Energien nennt. Nach dem Aufkommen der Dampfmaschine zu Beginn des Industriezeitalters reichte das Holz der Wälder nicht mehr, um den Energiehunger zu stillen, der bisher nur von Wasser- und Windmühlen gedeckt wurde. Die Dampfkessel fraßen Kohle wie noch heute bei den Energiekonzernen.

Kohle ist einer der sogenannten fossilen Energieträger, die nicht nur Sonnenenergie, sondern auch CO₂ von Jahrmillionen und Jahrtausenden gespeichert haben. Die CO₂-Konzentration in der

Erdatmosphäre ist hauptsächlich für das Klima auf der Erde bestimmend. Sie wird in ppm (parts per million) gemessen (1mm³/Liter = 1ppm). Größere Abweichungen von der durchschnittlichen CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre führen zu für Mensch und Natur dramatischen Klimaveränderungen. Gegenwärtig ist global ein Anstieg von 385 auf 450 ppm CO₂ mit der Nutzung fossiler Energieträger vorprogrammiert. Damit wird die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedroht, die sich nur durch Völkerwanderung retten können. Klimabedingte Wetterereignisse verursachen schon heute materielle Schäden, die die Wertschöpfung aus fossilen und atomaren Energieträgern mehrfach übertreffen.

In Brandenburg werden bereits 58 Prozent des Nutzenergie-Eigenbedarfs

(Strom und Wärme) durch erneuerbare Energien gedeckt. Andererseits werden 70 Prozent der in Brandenburg mit Braunkohleverstromung erzeugten Elektroenergie in andere Bundesländer und in das Ausland exportiert. Die Wertschöpfung aus fossilen und atomaren Energieträgern ist jedoch Grundlage der wirtschaftlichen Existenz der marktbeherrschenden Konzerne, die Gewinnmargen weit über 25 Prozent erzielen. Ihre Großkraftwerke und petrochemischen Industriebetriebe werden wertlos, wenn mit Hilfe einer Volksbewegung und vielen unternehmerischen Akteuren der regionale und kommunale Bedarf an Nutzenergie vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird.

(Fortsetzung nächste Ausgabe)

„Holt die Bücher aus dem Feuer“

Eine Veranstaltung gegen das Vergessen

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 – vor 78 Jahren – in Berlin auf dem Opernplatz, in Frankfurt am Main und anderen Orten Deutschlands – von den Faschisten inszeniert, sollte eine symbolische Handlung sein.

Die Scheiterhaufen an Literatur von Dichtern, Wissenschaftlern, Autoren wurden viel zu spät wirklich wahrgenommen als Frontalangriff auf freiheitliche, humanistische Ideen, Gedanken, Weltanschauung. Schrecklich bewahrheitete sich: Später brannten auch Menschen!

Ganz oben auf der Liste standen: Feuchtwanger, Egon-Erwin Kisch, Kerr, Tucholsky, Erich Kästner, Borchert, Arnold Zweig, Brecht; außerdem Sozialisten, Pazifisten, moderne ausländische Autoren: „Die Verfemten“.

Seit 2008 gibt es nun endlich auch eine „Bibliothek der verbrannten Bücher“, herausgegeben vom Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien. Denn es war wirklich so: In den Jahren des Hitlerfaschismus wurde diese Literatur aus allen deutschen Bibliotheken, Schulen, öffentlichen Kulturstätten verbannt. Und auch eine Zeit nach dem Krieg, vor allem auch in den westdeutschen Landen waren Namen und Inhalte der „Verfemten“ wesentlich unbekannt. Und wie ist es heute?

Wir, der Kulturverein „Bücherei Sandow e.V.“ wollen, dass das alles nicht vergessen wird. Nicht die verheerende, schmachvolle Tat und diese Persönlichkeiten aus Literatur und Wissenschaft, diese Humanisten, die großen Geister. Vor allem soll ihr Inhalt nicht vergessen sein. Wir wollen, dass Weltliteratur nicht vergessen wird!

Deshalb hatten wir auch dieses Jahr aus Anlass des 10. Mai zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Holt die Bücher aus dem Feuer“ eingeladen.

In der Aula der Carl-Blechen-Grundschule am Muskauer Platz 1 haben Schauspieler des Piccolo-Theaters in einer szenischen Lesung Texte von den Autoren vorgetragen, ja zelebriert, deren Bücher am 10. Mai 1933 verbrannt wurden: Arnold Zweig, Kurt Tucholsky, Erich Kästner, Berthold Brecht, Johannes R. Becher und andere.

Das nächste Mal werden wieder Schüler der Fontane-Schule mitwirken, die diesmal auch wegen der Abitur-Prüfungen nicht dabei waren. Und auch die Texte werden wieder andere sein!

Wir waren alle sehr begeistert: Und dem Piccolo-Theater sagen wir ein herzliches Dankeschön für diese gelungene Darbietung!

Gudrun Hibsich, Vereinsvorsitzende

Leserbrief:

Der 8. Mai 2011 auf dem Südfriedhof

Seit 1971 nehme ich am 8. Mai – dem Tag der Befreiung von der faschistischen Barbarei durch die Sowjetunion und ihren ruhmreichen Streitkräften – an den Gedenkveranstaltungen auf dem Cottbuser Südfriedhof teil. So auch in diesem Jahr.

Das „Herzblatt“ hatte, wie gewohnt, zu 10.00 Uhr eingeladen. Inoffiziell erfuhr ich, dass der Beginn auf 10.30 Uhr verändert wurde.

Ich bin trotzdem vor 10.00 Uhr erschienen, um mit Gleichgesinnten, die von den Veränderungen nichts wussten, einige Worte zu wechseln. Da sich bis nach 10.30 Uhr nichts weiter ereignete, habe ich, wie andere Mitkämpfer, ebenfalls Blumen auf den Gräbern niedergelegt. Dabei waren meine Gedanken da-

rauf gerichtet: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Als ich den Friedhof verließ erfuhr ich, dass der neue Termin der Kranzniederlegung 11.00 Uhr sei. Warum dieses zeitliche Durcheinander?

Ich habe auch kein Verständnis, wenn unsere Stadtverwaltung diesen Tag auf dem Südfriedhof nicht würdig begeht.

Mein Vorschlag für 2012 lautet: Wir sollten uns vor dem Eingang versammeln und dort mit Worten der Erinnerung und der Mahnung die Befreiungstat würdigen. Anschließend sollten dann die Kränze und Blumen niedergelegt werden.

Diese Form des Gedenkens sollten wir uns von Niemanden nehmen lassen! Oder gibt es eine andere Möglichkeit?

Werner Wendisch

Vermischtes

Sprachlosigkeit

Der Reporter fragt Minister X, was er denn von der Entwicklung in Tunesien halte.

Der Minister: „Tunesien, Ägypten, vielleicht bald Libyen, ein großartiger Demokratisierungsprozess...“

Der Reporter: „Fürchten Sie, dass der Demokratisierungsprozess über Griechenland, Portugal, Spanien auch Europa erreichen könnte?“ Die Antwort blieb der Minister schuldig. *G. M.*

Wo sind sie geblieben?

Vor Jahresfrist, am 9. März 2010, berichtete die „Lausitzer Rundschau“: „Krankenkassen mit Milliarden-Überschuss“.

Aber seit Anfang 2011 steht Minus zu Buche. Krankenkassen erhöhen die Zahlungsforderungen zum Pflichtbeitrag und lassen sogar pfänden!

Wo sind sie geblieben, die 1,07 Milliarden, die über den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung lagen? Wohl gemerkt: Das war 2010 trotz Wirtschaftskrise, und nun 2011 mit Zuzahlungsforderungen für bestimmte Medikamente trotz Befreiung von der Zuzahlung!

Unser Gesundheitswesen geht seltsame Wege, und immer zu Lasten der Kleinen... *G. Mahnhardt*

Westerwelles Gesicht

Grinsen hartgeldkantig
Yuppies-Blick
seelenvoll wie eine Aktie
unsichtbar Pickel
humaner Unreife
Gesicht des Kapitalismus

Jürgen Riedel

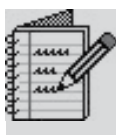
•••••

Aus dem Band „Für mehr Demokratie“, erschienen 2011 im Verlag Wiljo Heinen. ISBN 978-3-939828-64-8
Preis: 10,00 Euro

Termine

- 7.6. 17.30 Uhr Ringvorlesung
BTU
- 8.6. 9.30 Uhr AG Geschichte
Geschäftsstelle
- 9.6. 10.00 Uhr AG Senioren
Geschäftsstelle
- 14.6. 18.00 Uhr AG Soziales
Geschäftsstelle
- 16.6. 19.00 Uhr „Überwachungs-
staat BRD- Vom Verlust der
Freiheitsrechte“ mit MdB,
Wolfgang Neskovic
„Zur Eisenbahn“, Kolkwitz
- 16./17.6. MdB, Wolfgang Neskovic
im Wahlkreis
- 20.6.-24.6. Ausstellung zum
Deutschen Bundestag
Technisches Rathaus, Cottbus
- 20.6. 16.00 Uhr Beratung KPF
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 21.6. 17.30 Uhr Ringvorlesung
BTU
- 27.6. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 29.6. 14.00 Uhr Stadtverordneten-
versammlung
Stadthaus
- 30.6. 17.00 Uhr Programm-
diskussion mit Gen. Ihme
Brandenburger Hof
18.00 Uhr Kreisvorstand
Lausitz
Brandenburger Hof
- 1.7. 17.00 Uhr Fraktionssitzung
Vor der Sommerpause
In der Freizeitoase
- 5.7. 17.30 Uhr Ringvorlesung
BTU
- 12.7. 18.00 Uhr AG Soziales
Geschäftsstelle
- 14.7. 10.00 Uhr AG Senioren
Geschäftsstelle

Vormerken



Am 23.7. um 15.00 Uhr

Sommerfest
DIE LINKE. Cottbus
mit Klaus Ernst
an der Freizeitoase

Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

Juni

- zum 88. Elfriede Gregor (22.6.)
- zum 87. Ursula Soremba (6.6.)
Heinz Fechner (14.6.)
- zum 86. Hans Rendelmann (27.6.)
- zum 83. Ursula Siewert (9.6.)
Ingeborg Petersohn (14.6.)
- zum 82. Wolfgang Duckwitz (1.6.)
Irma Uschkamp (3.6.)
Eva Kühlewind (10.6.)
- zum 81. Ruth Michel (29.6.)
- zum 80. Heinz Ruschenski (4.6.)
Ursula Kraska (12.6.)
- zum 75. Marie-Luise Breimann (23.6.)
- zum 70. Walter Krause (16.6.)
- zum 60. Hans-Jürgen Polaszek (1.6.)
- zum 20. Paul Oesterwitz (5.6.)



Juli

- zum 90. Erika Kockjoy (9.7.)
- zum 84. Anni Mattigk (12.7.)
- zum 83. Walter Strnad (5.7.)
- zum 82. Harald Swenson (2.7.)
Gerda Irrgang (5.7.)
Margot Pötsch (10.7.)
Walter Schmidt (11.7.)
- zum 80. Christa Garbe (5.7.)
- zum 60. Werner Hübner (13.7.)
- zum 20. Merko Meskank (1.7.)

Einladung

Zum Thema Wachstumskritik veranstaltet die attac-Gruppe Cottbus auch ihre traditionelle Lange (attac-) Filmnacht. Unter dem Motto „Lange Nacht - Wachstum? Gut' Nacht!“ zeigen wir vier sehr interessante Filme unterschiedlicher Länge und laden zum Diskutieren unter Bäumen im Kerzenschein mit kulinarischer Begleitung ein.

17. Juni, ab 19 Uhr, Bühne Acht
Eintritt frei!

www.attac-netzwerk.de/cottbus
www.lausitzcamp.info

Bücherei Sandow informiert

Wir haben in Sandow eine Autorin entdeckt, Frau Renate Marowski, die ihre Lebensgeschichte in einem Roman aufgeschrieben hat, die alle erschütternden Erlebnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit hier im Spreewald lebendig werden lassen. Frau Marowski stellt am 16. Juni um 17.00 Uhr in den Räumen der Sandower Bücherei ihr Buch „Johannas Tochter“ vor. Es ist zum größten Teil autobiographisch.

Information der Redaktion

Das nächste „Herzblatt“ für die Monate Juli/August erscheint erst Mitte Juli.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (0355) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss:

Juli/August-Ausgabe:

30. Juni